

20. Wahlperiode



Deutscher Bundestag

Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der
Kinder (Kinderkommission)

Wortprotokoll der 8. Sitzung

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Berlin, den 9. November 2022, 14:55 Uhr

Paul-Löbe-Haus

2.200

Vorsitz: Sarah Lahrkamp, MdB

Tagesordnung – öffentlich –

Öffentliches Expertengespräch zum
Thema "Beteiligung von Kindern
und Jugendlichen"

Seite 5



Inhaltsverzeichnis

Anwesenheitsliste	Seite 3
Sprechregister	Seite 4
Wortprotokoll	Seite 5



Anwesenheitsliste

Mitglieder des Ausschusses

	Ordentliche Mitglieder	Unter- schrift	Stellvertretende Mitglieder	Unter- schrift
SPD	Lahrkamp, Sarah	<input checked="" type="checkbox"/>	Hostert, Jasmina	<input type="checkbox"/>
CDU/CSU	Lehrieder, Paul	<input checked="" type="checkbox"/>	Leikert, Dr. Katja	<input type="checkbox"/>
BÜND- NIS 90/DIE GRÜNEN	Fester, Emilia	<input checked="" type="checkbox"/>	Stahr, Nina	<input type="checkbox"/>
FDP	Seestern-Pauly, Matthias	<input checked="" type="checkbox"/>	Adler, Katja	<input type="checkbox"/>
AfD	Bollmann, Gereon	<input type="checkbox"/>	Storch, Beatrix von	<input type="checkbox"/>
DIE LINKE.	Reichinnek, Heidi	<input type="checkbox"/>	Akbulut, Gökay	<input type="checkbox"/>

Gäste

Funktion	Name	Unter- schrift	Digital
Sachverständiger	Schiller, Sebastian	<input checked="" type="checkbox"/>	
Sachverständiger	Sipeer, Vincent		<input checked="" type="checkbox"/>
Sachverständiger	Stange, Prof. Dr. Waldemar		<input checked="" type="checkbox"/>



Sprechregister der Abgeordneten und Sachverständigen

Abgeordnete

Vors. Sarah Lahrkamp	5, 7, 9, 11, 12, 13, 15, 16
Paul Lehrieder	11
Emilia Johanna Fester	12

Sachverständige

Sebastian Schiller	5, 13
Prof. Dr. Waldemar Stange	7, 8, 13
Vincent Sipeer	9, 15, 16



Tagesordnungspunkt

Öffentliches Expertengespräch zum Thema "Beteiligung von Kindern und Jugendlichen"

Die **Vorsitzende**: Hallo, ich begrüße Sie zu unserem öffentlichen Expertengespräch zum Thema „Beteiligung von Kindern und Jugendlichen“. Wie immer wird von diesem öffentlichen Expertengespräch ein Wortprotokoll erstellt, das zu gegebener Zeit auf der Internetseite des Bundestages zugänglich ist.

Die Tagesordnung ist Ihnen fristgerecht zugegangen, und für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gibt es die Möglichkeit, die Sitzung per Video zu verfolgen. Heute steht wegen der Vereinbarten Debatte zum Thema "Antisemitismus bekämpfen – Erinnern heißt handeln" nur unser öffentliches Expertengespräch auf dem Programm. Wir werden uns dabei mit dem Thema „Beteiligung von Kindern und Jugendlichen" befassen. Gibt es noch Anmerkungen zur Tagesordnung? Wenn nicht, dann würden wir auch möglichst zügig beginnen.

Als Sachverständigen vor Ort darf ich ganz herzlich Herrn Sebastian Schiller vom Deutschen Kinderhilfswerk begrüßen. Hallo, schön, dass Sie bei uns sind. Digital zugeschaltet ist uns der Sachverständige Vincent Sipeer vom Kinder- und Jugendbeirat des Deutschen Kinderhilfswerks. Herr Sipeer ist außerdem Mitglied des jugendpolitischen Beirates des BMFSFJ. Weiterhin zugeschaltet ist uns Herr Prof. Dr. Waldemar Stange vom Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik der Leuphana Universität Lüneburg. Herzlich Willkommen.

Diese Anhörung ist Teil des letzten Themenkomplexes meiner Vorsitzzeit, in dem wir uns als Kinderkommission mit dem Thema „Beteiligung von Kindern und Jugendlichen“ beschäftigen. Für jeden von Ihnen stehen zunächst circa 5 Minuten zur Verfügung, um ins Thema einzuführen. Danach können wir dann in den Austausch treten. Wir müssen allerdings heute spätestens dann um 15.55 Uhr zum Ende kommen. Denn dann findet die schon erwähnte Debatte im Plenum statt.

Weil wir heute nur so wenig Zeit haben, würde ich Sie darum bitten, bei Ihren Eingangsstatements auch wirklich ungefähr die 5 Minuten einzuhalten. Wir hatten beim Vorgespräch glaube ich 5 bis 10 Minuten gesagt. Wir gucken auch nicht auf jede Minute, aber desto mehr Zeit haben wir dann anschließend auch noch für ein nettes Gespräch untereinander. Herr Schiller, würden Sie beginnen?

Sebastian Schiller (Deutsches Kinderhilfswerk): Mach ich gerne. Vielen Dank. Sehr geehrte Frau Vorsitzende, sehr geehrte Damen und Herren, ich beginne mit einem kurzen systematisierenden Überblick über Formate der direkten Kinder- und Jugendbeteiligung auf den Ebenen Kommune, Land, Bund. Wir haben gehört, es ist relativ wenig Zeit. Ich versuche es deswegen erstmal sehr überblicksartig zu starten und freue mich dann auf das Gespräch, gegebenenfalls vertiefend zum Thema. Ich möchte kurz einen Einblick geben in das, was es schon an Formaten auf den Ebenen Kommune, Land, Bund gibt und wo gegebenenfalls noch Lücken bestehen. Gesetzliche Regelungen lasse ich mal außen vor. Das ist eventuell ein Thema für das Gespräch, hat ja auch Relevanz. Ich möchte bei meiner Systematisierung die Verwaltungsebenen nacheinander betrachten und jeweils schauen, mit welchen Formaten welches Beteiligungsniveau erreicht wird. Wir können, sehr vereinfacht, sehr schematisch sagen, es gibt das Beteiligungsniveau der Anhörung, also Menschen teilen sich mit. Und es gibt zweitens die Mitwirkung, das heißt, die Ideen der jungen Menschen werden mit den Verantwortlichen diskutiert. Sie sind gegebenenfalls auch in die Ausgestaltung von Maßnahmen einbezogen. Oder es gibt drittens das Niveau der Mitentscheidung. Junge Menschen sind mit in die Beschlüsse einbezogen oder zumindest werden ihre Sichtweisen angemessen berücksichtigt. Hier ist die UN-Kinderrechtskonvention in Deutschland geltendes Recht. Das vielleicht sozusagen als Rahmung für meine anstehende kurze Systematisierung. Noch kurz dazugesagt, diese Niveaus nennt man manchmal auch Stufen der Beteiligung. Das heißt nicht, und das ist ganz wichtig, dass die höchste Stufe immer die Beste ist und die zu Erzielende. Es geht darum, dass man die passende Stufe findet. Manchmal ist Anhörung das Richtige,



manchmal vielleicht auch Mitwirkung. Das ist eine Frage der Praxis vor Ort, das passende Niveau zu finden. Vielleicht auch wichtig anzumerken, auch Anhörungen können viel bewirken, weil natürlich im Gespräch mit den Verantwortlichen auch durch Anhörungen viel bewegt werden kann. Deswegen haben wir das ja zum Beispiel heute auch hier. Es muss also nicht immer Mitentscheidung sein. Das vielleicht als Rahmen.

Jetzt möchte ich kurz die drei Ebenen Kommune, Land, Bund durchgehen. Zur kommunalen Ebene kann man sagen, dort ist bei weitem am Meisten an Formaten erfolgreich erprobt und etabliert. Allerdings können wir auch sagen, das gibt es nicht flächendeckend. Wir haben Deutschland im Beteiligungsbereich nach wie vor einen Flickenteppich. Manchmal gibt es sehr viel, manchmal gibt es auch irgendwo nicht besonders viel. Ein zentrales Format sind die Kinder-, Jugendparlamente. Es gibt nach einer Erhebung des Deutschen Kinderhilfswerkes etwa 520 bundesweit. Damit existieren sie in etwa 5 % der Kommunen. In diesem Format ist typisch, dass dort junge Menschen in ein festes Gremium gewählt werden. Manchmal werden sie auch berufen oder legiert, sie können auch kooptiert werden. Wichtig zu wissen ist, dass kein anderes Format auf der kommunalen Ebene eine vergleichbare Nähe zur Kommunalpolitik und Kommunalverwaltung aufweist. Viele dieser Gremien haben Rede- und Antragsrechte für die jungen Menschen im Rat und in den Ausschüssen. Viele von diesen Kinder- und Jugendparlamenten haben auch ein eigenes Budget, um damit eigene Ideen und kleine Maßnahmen umzusetzen. Um auf die genannten Niveaus zurückzukommen, die jungen Menschen aus den Kinder-, Jugendparlamenten werden vielfach bei Diskussionen angehört. Sie können oft auch mitwirken bei der Ausgestaltung von Maßnahmen. Mitentscheidung ist tatsächlich eher selten. Das wäre auch bei Beschlüssen des Rates nur über eine Selbstverpflichtung denkbar. Ähnlich ist es bei konkreten Maßnahmen der Verwaltung.

Ein zweites wichtiges Format für die kommunale Ebene, weniger verbindlich, sind die kommunalen

Kinder- und Jugendkonferenzen, wo sich jungen Menschen versammeln, aber ohne die Hürde eines Wahlverfahrens. Das heißt, wer kommt, geht dort hin. Oft finden diese Konferenzen jährlich in den Kommunen statt. Hier werden eher unverbindliche Anliegen von Politik und Verwaltung besprochen oder dort hingetragen. Es ist hauptsächlich also das Niveau der Anhörung, wenn man so möchte. Wichtig zu nennen sind hier auch für die kommunale Ebene Schülerversammlungen, Jugendringe und Jugendverbände vor Ort. Mitunter sind auch junge Menschen als Sachverständige Einwohner*innen in Jugendhilfeausschüssen aktiv.

Ganz wichtig noch als letztes Format, wenn man so möchte, die projektbezogene Beteiligung. Sie kennen das. Es gibt ein konkretes Vorhaben, das mit jungen Menschen gestaltet wird, und hier ist tatsächlich manchmal auch Mitentscheidung möglich. Da wird dann oft auch ein finanzieller und rechtlicher Rahmen abgesteckt, innerhalb dessen eine Entscheidung getroffen werden kann. Das gibt es durchaus. Also für konkrete Vorhaben kann da tatsächlich Mitentscheidung erreicht werden. Das vielleicht als ersten Einblick. Praxisbeispiele kommen dann auch von den beiden anderen Sachverständigen, die das ein bisschen bebildern.

Zweiter Punkt, die Landesebene. Da ist die Grundthese, dass hier ein wesentlich größerer Entwicklungsbedarf besteht. Es gibt noch mehr Lücken als auf der kommunalen Ebene. Jugendverbände und andere Verbände werden bei Anhörungen einbezogen. In vielen Bundesländern gibt es landesweite Dachverbände der kommunalen Kinder-, Jugendparlamente. Herr Sipeer hat in Thüringen einen mitaufgebaut, davon kann er berichten. Diese Dachverbände positionieren sich auch zu Landesthemen, auch wenn der Hauptfokus auf der kommunalen Ebene liegt. Ein ganz spannendes Format für die Landesebene sind die Jugendlandtage. Die gibt es in etwa der Hälfte der Bundesländer. Eine Studie von Roland Roth und Udo Wenzel im Auftrag des Deutschen Kinderhilfswerkes hat dazu Einiges an Erkenntnissen gebracht. Ich habe die dabei. Diese Formate sind eine Mischung aus Planspiel, politischer Bildung, auch Nachwuchsgewinnung



und aber auch Dialog mit Politik und tatsächlich echter Beteiligung. Junge Menschen diskutieren im Landtag ihre Anliegen, fassen Beschlüsse, besprechen diese in der Landespolitik. Konkrete Mitwirkung, Entscheidung und Maßnahmen sind da nicht vorgesehen. Wichtig ist festzuhalten: Jugendlandtage sind immer ein gutes Format, das ausbaufähig wäre hin zu mehr Beteiligung. Darauf können wir vielleicht noch ein bisschen genauer eingehen, gibt es ganz gute Praxisbeispiele. Baden-Württemberg zum Beispiel und Mecklenburg-Vorpommern haben da ganz tolle Formate vorgelegt. Aus Zeitgründen kürze ich das ein bisschen ab. In vielen Bundesländern gibt es auch Landesjugendkonferenzen oder Jugendforen. Dort werden Anliegen der jungen Menschen an Landespolitiker herangetragen, und die werden zumindest gehört. Wichtig auch zu nennen, es gibt in vielen Bundesländern themengruppenbezogene Foren und Beiräte, zum Beispiel zum Thema Nachhaltigkeit oder als Gruppe Beiräte von jungen Menschen aus den stationären Einrichtungen. Ganz spannend auch: mitunter wird an konkreten Projekten auch auf Landesebene beteiligt. Beispiel waren die Weiterentwicklung des ÖPNV in Sachsen-Anhalt und die Beteiligung von jungen Menschen in Thüringen an der Entwicklung der Landesstrategie. Vielleicht ein kurzes Zwischenfazit zur Landesebene. Hier gibt es aus Sicht des Deutschen Kinderhilfswerkes, und ich denke, da stehen wir auch aus fachlicher Sicht nicht alleine da, noch großes Entwicklungspotential, um gute Formate zur Beteiligung von jungen Menschen an der Arbeit der Landesebene zu entwickeln.

Ich komme noch kurz zur Bundesebene. Hier existieren ganz spannende Anhörungsformate. Teils kann man durchaus von Mitwirkungselementen sprechen. Die werden im jährlichen Wechsel durchgeführt: die Jugendpolitiktage für eine zahlenmäßig größere Zielgruppe, und die Bundesjugendkonferenz für eine kleinere Zielgruppe. Da werden beispielsweise die Politik der Bundesregierung besprochen, Themen gesetzt, die Jugendstrategie entwickelt und weiterentwickelt. Es gibt vieles anderes auf Bundesebene. Der Jugendcheck wird mit jungen Menschen weiterentwickelt. Viele der Ministerien nachgeordnete Behörden haben

eigene Jugendbeiräte eingerichtet, das BMZ zum Beispiel. Es gibt dann auch junge Menschen in gemischten Beiräten, beispielsweise im Bundesjugendkuratorium oder beim jugendpolitischen Beirat des BMFSFJ, der Bundeszentrale für Kinder-, dem Jugendmedienschutz. Auch in Förderprojekten des Bundes gibt es das. Herr Sipeer ist Mitglied im Jugendbeirat der Initiative „Starke Kinder Jugendparlamente“. Analog zur Landesebene kann man feststellen: auch hier gibt es eine Menge spannender Ansätze und aus unserer Sicht noch relativ viel Ausbaupotential.

Ich möchte zum Schluss kommen und vielleicht noch eine Idee mit in die Runde geben. Es scheint naheliegend, dass analog zu den Jugendlandtagen sowas zumindest mal konzipiert wird, darüber nachgedacht wird, wie ein Jugendbundestag, quasi nach dem Vorbild der Jugendlandtage. Man könnte sagen, das findet jährlich statt, junge Menschen können dort Forderungen einbringen, auch verabschieden, die könnten mit Bundestagsabgeordneten diskutiert werden. Bei einer Sitzung darauf wird dann auch darüber berichtet – Rückmeldung ist ja immer sehr wichtig, was ist da passiert, warum ist nichts passiert, wo stehen wir da gerade. Man könnte auch überlegen, dass man ein gemischtes Gremium bildet. Es gibt da ein paar ganz spannende Ideen, die kommen aus dem Land Brandenburg. Junge Menschen mit Bundestagsabgeordneten, auch Ministeriumsvertretern, die dann bestimmte Themen diskutieren, die auch an schon bestehende Gremien weiterverweisen. Das ist eine Sache, die zumindest nachdenkenswert wäre. Das zu dem systematisierenden Überblick. Ich freue mich auf die Diskussion. Vielen Dank.

Die **Vorsitzende**: Vielen Dank Herr Schiller. Dann darf ich Herrn Prof. Stange bitten, fortzufahren.

Prof. Dr. Waldemar Stange (Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik, Leuphana Universität Lüneburg): So, bin ich zu verstehen?

Die **Vorsitzende**: Ja, sind Sie. Sehr gut sogar.



Prof. Dr. Waldemar Stange (Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik, Leuphana Universität Lüneburg): Ich hatte jetzt natürlich eine Präsentation vorbereitet, aber da wir jetzt weniger Zeit haben, schenke ich mir das mal. Ich kann die Ihnen aber gerne nachträglich zur Verfügung stellen. Ich werde jetzt ein bisschen sozusagen improvisieren und versuchen die 5 Minuten einzuhalten. Ich wollte ein paar Hinweise geben zu der Partizipation auf Bundesebene, weil das ein besonderer Fokus ist und es auch ein bisschen umstritten ist. Weil vielfach in der Fachdiskussion behauptet wird, was ich nebenbei gesagt falsch finde, dass Beteiligung auf Bundesebene schwierig oder gar nicht möglich ist. Da werde ich Ihnen mal ein paar Beispiele nennen, die das Gegenteil belegen. Also: auf der Bundesebene, das ist eben ja schon gesagt worden, gibt es diverse Beiräte, die auch entgegen dem Ruf, den Beiräte häufig haben, sehr, sehr gut funktionieren. Es ist ja eben schon der jugendpolitische Beirat des BMFSFJ genannt worden, den Beirat des Umweltministeriums zur Jugendstudie sollte man vielleicht noch ergänzen oder den Beirat der Bundeszentrale für Jugendmedienschutz, wo jetzt auch gesetzlich vorgegeben Jugendliche vertreten sind. Es gibt also sehr gut funktionierende Gremien in diesen Fällen. Es wird ja auch immer behauptet, dass Gremienbeteiligung nicht besonders sexy für Jugendliche sei, aber unsere Erfahrung zeigen eigentlich, dass es nicht stimmt.

Interessant ist: auf der Bundesebene hat es in den letzten Jahren in allen Ministerien Versuche gegeben, Formate der Jugendbeteiligung hinzukriegen. Ich selber bin Leiter des Projektes „Jugendpolitikberatung“. Da haben wir in den letzten drei Jahren die Bundesministerien beraten, wie sie Jugendbeteiligungsformate auf Bundesebene hinkriegen. Also zum Beispiel im Landwirtschaftsministerium, im Umweltministerium und natürlich im Familienministerium, aber auch im Wirtschaftsministerium. Im Wirtschaftsministerium haben wir zum Beispiel eine Beteiligung von Jugendlichen am Strukturwandel hingekriegt. Das war eine ganz interessante Verzahnung zur Landesebene: auch dort haben wir einen sogenannten Planathon gemacht. Das ist ein Hybrid aus

Zukunftswerkstatt, Planungs- und Hackerthon. Dort haben Jugendliche mit einer Jugendredaktion hinterher ein Jugendgutachten erarbeitet, das dem Ministerpräsidenten in Kohleregionen überreicht worden ist. Ein sehr erfolgreiches Modell, das jetzt auch fortgesetzt wird. Das ist eine interessante Komponente: der Bund, der das Geld gibt, und dann aber die Länder das umsetzen. Das ist ja auch immer eine kritische Zone, was darf der Bund, auch auf Länder- und Kommunalebene. In diesem Fall gab es da eine sehr, sehr gute Kooperation. Ein schönes Beispiel in einem hochrelevanten Bereich. Beim Strukturwandel, das wird ja niemand bestreiten, wird sehr viel Geld in den Prozess gegeben, und die Jugendbeteiligung ist zurzeit sicherlich noch komplex. Da ist dran gearbeitet worden und da wird im nächsten Jahr auch ganz viel kommen. Dann sollte man auf Bundesebene natürlich die Ebene der nationalen Aktionspläne erwähnen, also zum Beispiel den nationalen Aktionsplan „Kinder- und Jugendbeteiligung“. Da ist die Kick-Off Veranstaltung am Montag. Das ist ein sehr interessanter Punkt, da ist natürlich Jugendbeteiligung auch ganz stark eingepreist. Oder ich erwähne noch den nationalen Aktionsplan „Neue Chancen für Kinder in Deutschland“. Da geht es um Kinderarmut. Das ist eine EU-Initiative, und Deutschland muss bis 2030 einen nationalen Aktionsplan zur Bekämpfung der Kinderarmut und zur Veränderung von sozialer Ausgrenzung vorlegen. Da planen wir momentan Formate der Jugendbeteiligung im gesamten Prozess.

Die anderen Formate wie die Jugendkonferenz, wie die Politiktage und die Bundesjugendkonferenz sind ja schon erwähnt worden. Nebenbei gesagt, immer sehr, sehr erfolgreiche Formate, die gut funktionieren. Dann muss man vielleicht noch mal eine Sache ansprechen, die manchmal auch hinterfragt wird: Darf der Bund eigentlich auf kommunaler Ebene oder auf der Landesebene viel machen? Da kann man natürlich mit Modellvorhaben vorgehen und da hat der Bund in den letzten Jahren hervorragende Modelle gestartet, zum Beispiel das Projekt „Dorf für Kinder, Dorf für alle“. Da wurden die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen und Erwachsenen im Rahmen von Dorferneuerungsprogrammen erarbeitet, da wurde



also versucht, eine soziale Komponente in den Prozess hineinzubringen. Oder das Projekt „Jugend-Demografie-Dialog“. Das ist ein Projekt der Bundesregierung im Rahmen der Demografiestrategie gewesen. Dort sind in Modelllandkreisen Jugendliche im Zuge der regionalen Entwicklungsplanung beteiligt worden. In diesem Projekt haben Jugendliche 3.400 Vorschläge gemacht zur Verbesserung der Entwicklungen in diesen Landkreisen, die alle irgendwie gefährdet waren, weil viele Jugendliche dort weg gehen. Es sind also 3.400 Vorschläge, Sie haben richtig gehört, erarbeitet worden, kreativ, phantasievoll, niveauvoll. Diese Vorschläge sind auch in die Handlungsempfehlung der Bundesregierung eingegangen. Das war eine Initiative, wo der Bund den Hut aufhatte über die Arbeitsgruppe „Jugend gestaltet Zukunft“, aber wo auf der Kommunalebene dann wirklich das Projekt auch umgesetzt wird. Das ist ein sehr erfolgreiches Projekt.

Dann gibt es auch noch eine ganze Reihe von Formaten, die auf der europäischen Ebene stattfinden. Der „Jugenddialog“ ist vielleicht das bekannteste Beispiel. Dann gibt es dann natürlich internationale Bezüge, ich erinnere nur an das Jugenddelegiertenprogramm zur Generalversammlung der Vereinten Nationen, wo auch immer deutsche Jugendliche dabei sind. Oder der G7-Jugendgipfel, was auch sehr qualifiziert begleitet worden ist. Auch bezogen auf die internationale und europäische Ebene ist da also sehr viel gemacht worden.

Lassen Sie mich noch einen letzten Punkt hineinwerfen: es gibt noch ein sehr interessantes Projekt des Bundes, das ist das sogenannte „Jugendbudget“. Da hat der Bund 1 Million Euro ausgeschüttet und da haben in einem Wettbewerb Jugendliche über einen Hackerton gute Projektideen produziert. Die sind dann ausgewählt und vor Ort auch umgesetzt worden. Dann gibt es ein Programm, das zwar auf Bundesebene stattfindet, aber nicht von der Bundesregierung organisiert wird. Es gibt eine Reihe von Initiativen der Zivilgesellschaft. Es gibt zum Beispiel auch das Konzept der sogenannten kinderfreundlichen Kommune. Das geht ursprünglich zurück auf ein europäisches

Programm, „Child Friendly Cities“, und ist eine gemeinsame Aktion von UNICEF und dem Deutschen Kinderhilfswerk. Dort werden Kommunen zertifiziert in Bezug auf Kinder- und Jugendfreundlichkeit mit einem ganz interessanten Programm, das international führend ist.

Zum Schluss lassen Sie mich noch anmerken, das wird auch gerne vergessen: natürlich haben wir seit über 70 Jahren eine fest etablierte Jugendbeteiligung auf Bundesebene, und das ist der Bundesjugendring. Das darf man nicht vergessen. Das ist die Vertretung der Jugendverbände und die Vertretung der Jugendlichen, die vor allem in Verbänden organisiert sind. Es ist nach wie vor eine ganz bedeutsame und wichtige Komponente, die auf der Bundesebene sehr, sehr gut funktioniert und um die uns viele Länder, die so etwas nicht haben, auch beneiden – ich habe das gerade in Osteuropa ein paar Mal erlebt, wo man im Grunde genommen bei uns abgeschaut hat.

Also kurz und gut: es gibt auf der Bundesebene ganz viele Initiativen, ganz viele Maßnahmen, die – so sehe ich das jedenfalls – durchaus sehr, sehr erfolgreich sind, die aber manchmal unterbewertet werden, weil sie gar nicht wahrgenommen werden. Ich danke Ihnen, dass ich das hier platzieren konnte. Danke.

Die **Vorsitzende**: Vielen Dank, Herr Prof. Stange, für Ihren Beitrag hier. Dann kommen wir direkt zu Herr Sipeer. Schön, dass Sie dabei sind. Dann Bitteschön.

Vincent Sipeer (Kinder- und Jugendbeirat des DKHW): Ich würde Herrn Schiller bitten, die Präsentation zu öffnen und zu zeigen. Dann, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, danke Frau Vorsitzende Lahrkamp für die herzliche Einladung, heute zur Kinderkommission zugeschaltet zu sein. Die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen sollte politischen Entscheider*innen ein Anliegen sein. Denn mehr umfassende Kinder- und Jugendbeteiligung bringt die junge Generation weit besser durch die akute Klimakrise und die anhaltende SARS-CoV-2



Pandemie, als weniger Dialog und Konsultation. Auch ist die Beteiligung von Betroffenen und Beteiligten in den Bereichen der Bildung und der Jugendhilfe angesichts der Energieversorgungslage nicht zu ersetzen. Mein Ausgangspunkt ist heute, Herr Schiller hatte es angesprochen, die Beteiligung in der Kommune. In der gebotenen Kürze greife ich auf, wie eine jugendpolitisch gerahmte, normativ integrierte und pädagogisch begleitete Beteiligung von jungen Menschen als Akteur*innen in Kommunen, Land und Bund ausgebaut werden kann.

Ferner kann ich Ihnen aus erster Hand aus dem jugendpolitischen Beirat berichten. Meine Erfahrung, mich sozial zu engagieren, ist ganz eng mit Kinder- und Jugendparlamenten verknüpft. In erster Linie sind das Gremien, die auf Dauer angelegt sind, eine Nähe zu politisch administrativen Strukturen haben, verbrieft Mitwirkungsrechte aufweisen und mit einem allgemeinen politischen Mandat für die Interessenvertretung ausgestattet sind. Das sind meist 10 bis 25 junge Menschen zwischen 12 und 18 Jahren. Für mich sind Kinder- und Jugendparlamente die realisierende Einsicht: Demokratie kann gelernt werden, aber nicht gelehrt werden. Demokratie braucht Selbstpositionierung, Wissensvermittlung und erfahrende Selbstwirksamkeit. Kinder- und Jugendparlament verzahnen das ineinander. Denn im Sinne einer Demokratie von unten startet Partizipation in der örtlichen Gemeinschaft. Es wurde angesprochen, es gibt 520 Kinder- und Jugendparlamente und 200 Kinder- und Jugendforen der Partnerschaften für Demokratie. Das sind die Orte, wo junge Menschen Partizipation zwischen Mitsprache und Verantwortung kennenlernen, wo sie Politik als gestaltbar erfahren und wo sie ihren Staat als nahbar erleben. Und so stärken sie also vielfältig die lokale Demokratie. Sie sind lokale Standortfaktoren und Seismographen für sozialen Wandel. Damit erübrigt sich eigentlich schon die nächste Folie, warum wir? Weil wir bei der Initiative „Starke Kinder- und Jugendparlamente“ darin eine Chance sehen für Mitwirkung mit Wirkung für die Interessensvertretung und auch dafür, die Synergien auszuschöpfen bei der Vernetzung von Kinder- und Jugendbeteiligungsstrukturen.

Ich wurde im Vorfeld gebeten auf die kommunale Ebene insbesondere einzugehen. Auf der nächsten Folie sehen Sie die Mitglieder des Jugendrats Gera. Gera ist eine Stadt mit 100.000 Einwohnern im Osten von Thüringen. Hier erleben junge Menschen Jugendkultur, Jugendpolitik, Jugend- und Demokratiebildung, wie sie Hand in Hand miteinander gehen. Denken Sie an selbstbestimmte Projekte wie Konzerte und Feste und Partnerschaften mit geförderten Jugendinitiativen, Mitwirkung durch Kooperation in Gemeindegremien. In Gera kam zuletzt eine Beauftragte, Sprechstunden und auch ein Kinderrat dazu. Häufig zeigt sie, und das sehen Sie auch an den Qualitätsmerkmalen, es werden vielfältige Beteiligungsformate genutzt. Dort, wo Kinder- und Jugendparlamente funktionieren, da floriert die vielfältige Beteiligungswirtschaft.

Das sei mir gestattet, im Ost-Thüringer Kontext von Schrumpfung, Strukturwandel und auch Rechtsextremismus erscheinen Kinder- und Jugendparlamente als Kraftzentren für junges Engagement. Dabei steht die emanzipative und bürgerrechtliche Demokratiebildung im Fokus, wenn es manchen Orts auch darum geht, sich öffentlich Räume wieder anzueignen. Herr Schiller sprach es an, wir haben seit 2018, über die letzten vier Jahre also, den Dachverband der Kinder- und Jugendgremien aufgebaut. Im Kontext der eigenständigen Jugendpolitik nach dem Leitbild der Mitbestimmung über Menschen ist es uns gelungen, eine repräsentative und projektorientierte Landesbeteiligungsstruktur auszubauen. In zehn Anhörungen im Landtag sind wir dafür eingetreten, die Mitberatung im Jugendhilfeausschuss und selbstverständlich auch auf der Landesebene, im Landesjugendhilfeausschuss, zu verankern, landesgesetzliche Beteiligungsnormen zu schaffen und einen Jugendcheck einzuführen. Es ist uns gelungen, neue Formate zu etablieren. Dazu gehört auch der Thüringer Jugendlandtag, den wir mit aufgenommen haben. Zum Netzwerk gehören selbstverständlich die Servicestelle Mitbestimmung im Ministerium sowie die Akademie für starke Kinder- und Jugendparlamente. Das führt mich zur Initiative „Starke Kinder- und Jugendparlamente“ beim Deutschen Kinderhilfswerk, eine Maßnahme unter dem Dach der Jugendstrategie der



Bundesregierung zur Weiterentwicklung. Dort wird gegenwärtig der Nationale Aktionsplan aufgelegt. Die Initiative berät das Ministerium zur Frage, wie in Deutschland ebenen- und bereichsübergreifend mehr politische Mitsprache gelingen kann. Sie besteht aus der Akademie, einer Servicestelle, einem sehr hitzköpfigen Jugendbeirat, der wissenschaftlichen Begleitung und selbstverständlich dem Fachreferat im BMFSFJ. Hier finden Qualifizierung, Vernetzung, Beratung und Information statt.

Lassen Sie mich zuletzt zum jugendpolitischen Beirat kommen. Ich habe die Möglichkeit, hier mitzuwirken und ja, die Erfahrung ebenen- und bereichsübergreifender politischer Mitsprache einzubringen. Halten Sie sich vor Augen, dass es das erste Gremium der Bundesregierung ist, in dem gleich fünf junge Menschen unter 27 mitwirken. Es ist mit einem Altersdurchschnitt von 45 Jahren auch ein relativ junges Gremium. Da leisten wir Pionierarbeit, aber das zeigt zugleich, wie viel Luft nach oben besteht bei der Jugendpolitikberatung auf Bundesebene. Zuletzt möchte ich Ihnen sechs Impulse mitgeben, und das soll gleich unsere Sachverständigenimpulse abschließen. Zunächst: unterstützen Sie Kinderrechte mit dem Kindeswohlvorrang im Grundgesetz. Zweitens, lassen Sie uns gemeinsam für starke Mandate, für die rechtliche Verankerung, für mehr Diversität eintreten. Lassen Sie uns auch die nationale Kampagne für die Rechte und Beschwerdemöglichkeiten von Kindern hierzu nutzen. Drittens, lassen Sie uns verschiedene Projekte wie das Demokratiefördergesetz, die Angebote der Deutschen Stiftung für Engagement und Ehrenamt und die Angebote der Bundeszentrale zusammendenken. Viertens, lassen Sie uns noch weitere regionale Länderfonds und Programme für Fachkräfte auflegen, um die Fach- und Servicestellen zu unterstützen, weil sie nachhaltig Beteiligung entwickeln können. Fünftens, lassen Sie uns die konsultative Jugendpolitikberatung ausbauen. Und sechstens, wir haben gerade sehr viel über Staats- und Verwaltungsebenen gesprochen, lassen wir uns auch die selbstbestimmte Teilhabe von Kindern bei Gericht und Verwaltungen in den Blick nehmen.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit und freue mich auf den Austausch.

Die **Vorsitzende**: Vielen Dank Herr Sipeer. Vielen Dank für Ihre interessanten und auch sehr kompakten Vorträge hier, sodass uns jetzt die Möglichkeit bleibt, auch noch ins Gespräch zu kommen. Ich sehe schon die ersten Wortmeldungen. Herr Lehrieder möchte gerne beginnen.

Abg. **Paul Lehrieder** (CDU/CSU): Ich wollte der Vorsitzenden nichts vorgreifen, Sie hätten Ihre Anliegen direkt gern vorbringen können. Aber recht herzlichen Dank. Herzlichen Dank für Ihre Einlassungen. Viele von uns kommen aus der Kommunalpolitik. Viele von uns haben Erfahrungen mit Jugendarbeit gemacht. Ich durfte als Bürgermeister mit einer Jugendgruppe in einem Ortsteil eben ein auffälliges ehemaliges Rathaus umbauen, wo die Jugend sich selber ihren Raum geschaffen hat, ihren Begegnungsraum, wo sie dann ihre Feten drin gemacht haben. Man musste als Bürgermeister natürlich immer mal gucken, dass nicht Alkohol-Getränke getrunken werden. Aber da gibt es natürlich viele Ebenen. Ich bin bei Ihnen, wenn wir sagen, Jugendpolitik ist zuallererst in der Kommunalpolitik relevant. Worauf ich aber hinaus will, ist die Frage: Wie können wir Ihnen als Bundespolitik helfen? Ich kenne es. In meinem Neben hobby bin ich noch Präsident der Bundesvereinigung Deutscher Musikverbände. Da haben wir auch die Deutsche Bläserjugend. Wir haben eben auch auf regionaler Ebene die entsprechenden Jugendverbände.

Sie haben vorhin den Bundesjugendring angesprochen, Herr Sipeer. Natürlich, der Bundesjugendring als Dachorganisation der Jugendverbände. Darum da haben wir bei uns in Bayern den Kreisjugendring, wir haben den Bezirksjugendring, wir haben den Landesjugendring und dann haben wir den Bundesjugendring. Quasi ähnlich wie die öffentliche Verwaltung aufgebaut. Jetzt ist die Frage: Wie können wir als Bundespolitiker, neben der Frage, Kinderrechte ins Grundgesetz, neben der Frage, stückweise Beteiligung der Kinder, natürlich auch hier bei uns hier in der



Kinderkommission, Sie dabei stärken? Ich bin sehr dankbar, Herr Sipeer, Sie haben das am Schluss in Ihrem Vortrag sehr schön ausgedrückt. Ich glaube, gerade in den Jugendverbänden – in den Jugendverbänden, ob es jetzt in Vereinen ist, bei der Jugendfeuerwehr oder bei der Jugendmalteser oder Jugendrotkreuz – da wird glaube ich Demokratie leben par excellence exerziert. Die wählen ihre Jugendvertretung, die wählen ein Stück weit ihre Vorsitzenden, ähnlich wie in der Schule der Klassensprecher.

Meine Frage ist: Sollten wir das Programm „Demokratie leben“ – wo ich sage, gut, da wird manches gemacht, das man vielleicht nicht unbedingt so notwendig braucht – nicht noch viel stärker auch im Bereich der Jugend andeuten? Zu sagen, das Demokratiefördergesetz genau mit Fokus auf die Jugend. Das ist, was wir momentan erleben. Last Generation. Mit dem Frust der Jugend zu sagen, okay wir werden von euch nicht verstanden, ihr macht alles falsch, euch ist alles wurscht und wir sind die einzigen, die noch eine Verantwortung für die Zukunft haben. Das wir das versuchen, dieses Gefühl, der Jugend ihre Angst zu nehmen. Das macht mir schon ein wenig Sorgen, wenn man die Aktionen der Last Generation momentan sieht, in welcher Verzweiflung da viele Jugendliche mit großem Engagement für ihre Zwecke ansetzen. Wie können wir da Verständnis für die Jugend aufbringen oder beziehungsweise auch die Jugend auch Verständnis für unsere Entscheidungen, wie sie zustandekommen? Wie sehen Sie das?

Die **Vorsitzende**: Okay, ich hätte da noch Frau Fester.

Abg. **Emilia Johanna Fester** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank. Auch vielen Dank an unsere drei Gäste. Jugendbeteiligung ist mir ein riesiges Anliegen, so wie auch Kinder. Ich habe eine Frage zu der Besetzung von solchen Jugendparlamenten, Beiräten und Foren. Wir wissen ja aus Studien, dass Zeit und Ressourcen für Engagement sehr, sehr viel mit dem sozialen Hintergrund und auch der finanziellen Lage des Elternhauses zu tun hat. Da stellt sich dann natürlich so ein bisschen die Frage: Wer hat denn

überhaupt die Möglichkeit und eben genau diese Ressourcen sich insofern zu engagieren und für wen sind diese Angebote attraktiv? Wir haben ja irgendwie jetzt bisher eigentlich auch nur an so angelehnte erwachsene Parlamentsstrukturen gesprochen. Natürlich gibt es auch noch andere Formen der Partizipation, auch in anderen Lebensbereichen. Aber als Politik beschäftigen wir uns natürlich damit, wie können wir in unserem Bereich Partizipation ermöglichen? Gleichzeitig, glaube ich, lohnt sich auch der Blick über den Tellerrand, welche Partizipationsmöglichkeiten wir auch der Forschung nahe legen und anderen Playern in dieser Gesellschaft.

Ich würde grundsätzlich gerne wissen, ob es Einblicke in die Sozialstruktur der Engagierten gibt und Ideen, Vorschläge, Vermutungen dazu? Wie langfristig eine Öffnung von solchen Beteiligungsformaten möglich werden kann? Dann wüsste ich sehr explizit von Herrn Schiller gerne, weil er uns die ganzen Statistiken dargeboten hat, wie die Diversity in den Parlamenten aussieht?

Von Herrn Prof. Stange wüsste ich gerne, er sagte ja selber, Gremienbeteiligung sei irgendwie unsexy, ob es irgendwie Formate gibt, mit denen wir mehr junge Menschen erreichen können, die im Zweifel vielleicht nicht so nah an die Gremien der Erwachsenen angebunden sind oder die an der Stelle auch als Schablone dienen?

Und noch eine etwas andere Frage, weil es diese Woche aktuell ist, an Herrn Vincent Sipeer: wir beschließen ja in der zweiten und dritten Lesung in dieser Woche hoffentlich das Wahlalter 16 für die Europawahlen. Ich hätte dazu sehr gerne eine Stellungnahme dazu, wie es darum steht, das Ganze für die Bundestagswahlen auszuweiten? Vielleicht in einem oder anderthalb Jahren. Da wüsste ich gerne eine Meinung zu.

Die **Vorsitzende**: Das waren jetzt schon relativ viele Fragen. Ich würde sagen, wir gehen erst in eine Antwortrunde und würden dann eventuell noch die zweite Fragerunde machen, wenn Ihnen das recht ist. Sonst wird das glaube ich sehr viel.



Wer möchte von Ihnen beginnen? Herr Schiller?
Ich muss hier auch immer gucken, wer sich online meldet. Herr Schiller und dann Prof. Stange.

Sebastian Schiller (Deutsches Kinderhilfswerk): Vielen Dank. Genau, ich starte mit einer Antwort, auf die letzte Frage. Herr Lehrieder, ich vergesse Sie auch nicht mit Ihren Anliegen. Zu der Zusammensetzung der Mitglieder der Kinder-, Jugendparlamente haben wir ziemlich gute Daten vorliegen, weil es 2017, 2018 eine große bundesweite Studie gab dazu. Die hat Herr Stange zusammen mit Herrn Roth durchgeführt. Da kann er auch nochmal genauere Dinge sagen. Übergreifend schon mal ist zu sagen, es ist nicht so, wie man das vielleicht auch in der Fachszene erwartet hätte, dass es doch ein Format ist, wo eher die Gymnasiastinnen und Gymnasiasten engagiert sind und vielleicht auch hauptsächlich männliche Engagierte. Das ist nicht mit dieser Verteilung so gefunden worden. Das heißt, wir haben eine ganz gute Geschlechterverteilung und haben auch andere Schulformen repräsentiert, schon Gymnasien vorne an erster Stelle, aber nicht so ausschließlich, wie man das vielleicht gedacht hätte. Beim Migrationshintergrund ist es ein bisschen schlechter aufgestellt. Aber insgesamt hat sich sozusagen das Bild, das ist das Format für die männlichen gymnasialen Nachwuchspolitiker, nicht bestätigt. Ich weiß nicht, was immer da auch für Stereotypen durch die Gegend wabern oder auch in der Fachszene durchaus auch reproduziert werden, das trifft so nicht zu. Es ist eine ganz, ganz spannende Erkenntnis und Wissensarbeitsweise. Kinder-, Jugendparlamente zeichnen sich auch dadurch aus, dass sie nicht nur quasi Sitzungen abhalten, auch Anträge und Stellungnahmen verfassen, sondern wir haben sehr oft eine sehr starke Projektebene. Da gibt es auch Gruppen, die sagen, es gibt mal ein Konzert im Jahr. Gruppen, die den Schulweg sicherer machen. Es gibt ganz viele Projekte, die dort sich anschließen. Und dann franst das Kinder-, Jugendparlament aus, von der parlamentarischen Form hin zu einer Projektform. Das ist eine ganz große Stärke, um auch Gruppen von jungen Menschen zu interessieren, die vielleicht nicht Lust haben, sich einmal im Monat in solche Sitzungen zu begeben. Da gibt es also ganz viele gute Praxisbeispiele, wie man das auch für andere Zielgruppen attraktiv machen kann.

Das so ein bisschen zu Ihrer Frage mit den Kinder- und Jugendparlamenten. Herr Stange kann das statistisch auch nochmal genauer unterfüttern. Es gibt eine große Studie, ich habe die auch dabei, wo die Ergebnisse vermerkt sind.

Wenn ich jetzt einmal dran bin – Herr Lehrieder, vielen Dank auch für Ihre Anliegen. Ja, es gibt auch gute Jugendangebote im Reich der Demokratie oder „Demokratie leben“, diese Partnerschaften der Demokratie, die lokale Jugendforen vor Ort einrichten. Es gibt auch Budgets für die jungen Menschen. Da wird eine Jugendjury gebildet, die können über diese Budgets verfügen. Das ist ein ganz spannendes Format. Solche Jugendgruppen müssen natürlich immer gut fachlich begleitet werden. Man kann da nicht einfach Ausschreibungen machen, trifft euch dann da mal, hier habt ihr das Geld. Das ist oft so ein bisschen der Knackpunkt, wo gegebenenfalls auch eine bessere Ausstattung hilfreich wäre. Wir brauchen, wenn junge Menschen sich engagieren sollen und wollen, eine gute fachliche Begleitung, die das organisiert, die mit ihnen auch die Themen aufbereitet. Das ist das A und O, daran scheitert es oft auch in der Praxis vor Ort, weil da auf der kommunalen Ebene nicht genügend Ressourcen vorhanden sind. Man müsste schauen, inwieweit in so einem Bundesprogramm die Möglichkeit besteht, auch anteilig mehr Personal in der Unterstützung mit zu fördern. Das habe ich im Detail nicht im Blick. Das wäre zum Beispiel ein Punkt, wo man, glaube ich, was drehen könnte. Bundesgesetzgebung, ja, Demokratiefördergesetz, Herr Sipeer hat es ja ins Spiel gebracht, würde ich ihm auch mal überlassen dazu sich zu positionieren. Vielleicht soweit erstmal? Danke.

Die **Vorsitzende**: Ja, vielen Dank. Dann hatte sich als Nächstes Prof. Stange gemeldet.

Prof. Dr. Waldemar Stange (Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik, Leuphana Universität Lüneburg): Ich will nochmal ganz kurz etwas zu der Frage der Kinder- und Jugendparlamente sagen, weil das explizit nochmal gefragt worden ist. Herr Schiller hat ja schon angedeutet, dass wir relativ überraschende



Ergebnisse in unserer Untersuchung gefunden haben. Eins davon ist, dass sich sozial ganz viel getan hat in den letzten Jahren. Die erste Jugendparlamentsuntersuchung vor 25 Jahren in Baden-Württemberg von Michael Herrmann, die hatte noch das Ergebnis, dass überwiegend Gymnasiasten und überwiegend Jungs dabei teilnahmen. Das ist überhaupt nicht mehr so. Wir haben bei den Geschlechtern schon vollkommene Gleichstellung. Auch bei benachteiligten Gruppen hat sich viel getan, aber da haben wir noch ein Stück Weg vor uns. Da kann man noch ein bisschen zulegen. Aber im Grunde haben sich die Daten alle sehr, sehr gut geändert. Das ist ein ganz spannender Prozess.

Ich wollte dann noch zu dem Punkt „Gremien sind nicht sexy“ etwas sagen. Das habe ich nicht behauptet, sondern das höre ich oft. In Wirklichkeit ist es aber anders. Unsere Daten sagen ganz was anderes. Wir haben ja nicht nur eine quantitative Untersuchung mit Fragebögen gemacht, sondern wir haben auch Jugendliche interviewt. Da war sehr, sehr interessant, es gab zwei Typen von Jugendparlamentariern. Das waren zum einen die, die wir die Soziokulturellen genannt haben. Sie wollten eher so ein bisschen Party machen und wollten keine Strukturen haben, natürlich keine Geschäftsordnung und auch kein Protokoll und so. Ich spitze das mal so ein bisschen zu. Dann gab es die sogenannten Strukturierten. Interessant war, dass innerhalb der Jugendparlamente auch ein heißer Streit vorhanden war, weil viele Jugendliche sagten „Das funktioniert hier alles nicht, die Leute kommen zu spät oder kommen gar nicht und wir müssen da ein bisschen Ordnung rein bringen“. Das war übrigens die größte Fraktion. Also das heißt, es gab bei den Jugendlichen das Bedürfnis nach einer Struktur, was man als Erwachsener gar nicht so denkt. Wir haben auch herausgefunden, dass die Parlamente, die nicht eine gewisse Struktur hatten, auch weitgehend eingegangen sind. Da muss man vorsichtig sein mit Vorannahmen. Wir haben bei unserem Projekt mit dem Landwirtschaftsministerium, auch mit „Jugend für Europa“, direkt mit Jugendlichen gearbeitet, da haben sich die Jugendlichen Beiräte gewünscht. Die wollten das haben, weil das für sie ein Ausdruck von Wertschätzung und von Ernst nehmen war. Man muss also ganz vorsichtig

sein, dass man die Gremien nicht vorschnell abschreibt.

Ein zentrales Ergebnis unserer Untersuchung war, dass wir bei den 520 Jugendparlamenten in Deutschland das interessante Phänomen festgestellt haben, dass die nicht mit den anderen Partizipationsverfahren konkurriert haben. Also mit den Projekten, mit den Kinder- und Jugendbeauftragten, mit der Beteiligung an Stadtplanung und so weiter. Das Gegenteil war der Fall, die Parlamente waren immer Teil einer sogenannten Partizipationslandschaft. Die Parlamente standen zwar im Zentrum, weil sie eine gute Interessensvertretung sind und auch repräsentieren und legitimiert sind, aber rund herum gab es eine kleine, ganz reichhaltige Partizipationslandschaft. Parlamente führen also nicht zur Einschränkung anderer Partizipationsformate, sondern regen sie gerade zu an. Das war ein ganz spannendes Ergebnis. Da haben wir Werte bis zu 70 % gehabt, wo es auch noch andere Formate gab. Das ist ein ganz, ganz wichtiger Punkt glaube ich.

Dann will ich noch die Gelegenheit nutzen, zum Wahlalter 16 etwas zu sagen. Ich bin ja in der Situation, dass ich auch ein bisschen frech sein kann, ich bin ja von niemanden abhängig. Da muss ich ehrlich sagen, mir gefällt die Diskussion darum nicht besonders gut. Wahlalter 16, das ist jetzt fachlich und wissenschaftlich vollkommen klar, Jugendliche können das, das ist entwicklungspsychologisch ganz klar nachgewiesen. Und die können das sehr kompetent. Aber die Grenze, da bin ich mit dem Bundesjugendring sicher eher alleinstehend, ich finde, die Grenze 16 ist eigentlich nicht wissenschaftlich und fachlich vertretbar. Wir haben zwei große rechtliche Brüche oder Schnittstellen. Das ist einmal 18, da wird man geschäftsfähig, da gibt es gute Argumente dafür zu sagen, wir wollen nur die Geschäftsfähigkeit zugrunde liegen. Aber der nächste Sprung ist bei 14. Mit 14 wird man religionsmündig, mit 14 wird man strafmündig, mit 14 bekommt man enorme Rechte in Familienrechtsverfahren und so weiter. Das ist ein Sprung. Ich weiß, dass keiner auf mich hören wird, aber fachlich und wissenschaftlich ist der Sprung eigentlich 14. Entwicklungspsychologisch



ist übrigens auch nachgewiesen, dass die kognitiven Fähigkeiten mit 14 gut ausgebildet sind. Kurz und gut.

Lassen Sie mich das ruhig mal sagen. Ich weiß, dass das in der Debatte keine große Rolle spielt, aber da habe ich die Position des Bundesjugendringes und sage, wenn man wirklich mutig ist, macht man das. Es spielen natürlich in dem Zuge ganz andere Überlagerungen eine Rolle. Es geht ja nicht darum, dass wir wirklich Demokratie fördern wollen, sondern da spielen leider auch die politischen Widrigkeiten eine große Rolle. Da gucken die Parteien schon, was haben wir davon, was haben wir nicht davon. Das ist natürlich fachlich, pädagogisch und politikwissenschaftlich eine sehr problematische Haltung. Verzeihen Sie mir, wenn ich das so deutlich sage. Das muss ich einfach tun. Danke.

Die **Vorsitzende**: Vielen Dank, Prof. Stange. Natürlich hören wir Ihnen sehr, sehr aufmerksam zu und natürlich sind Sie hier, weil wir hören möchten, was Sie zu sagen haben. Vielen Dank für Ihre Meinung und Ihre Einschätzung. Ich würde dann in Anbetracht der Zeit nochmal dem Herr Sipeer das Wort erteilen, und dann sehen wir, ob wir noch ganz schnell ein, zwei Nachfragen hinbekommen.

Vincent Sipeer (Kinder- und Jugendbeirat des DKHW): Ja. Ich gehe selbstverständlich gerne auf das Thema der Demokratiebildung ein. Ich habe die letzten sechs Jahre, die ich junges Engagement begleitet habe, ganz viele Jugendinitiativen kennengelernt und habe gesehen, welche Mittel, welche Ressourcen unter anderem Kinder- und Jugendparlamenten dann zur Verfügung stehen, und habe ganz oft von „Demokratie leben“ gehört, diesem erfolgreichen Bundesprogramm. In jedem Fall braucht es, wenn wir weiter Jugendinitiative in der Fläche fördern wollen, eine Fortsetzung von „Demokratie leben“, die junges Engagement noch viel stärker in den Fokus setzt. Das ist der Punkt, den ich gerne machen wollte.

Herr Prof. Stange hat ja schon viele Argumente zum Wahlalter abgeräumt und ich kann dem vollkommen zustimmen. Es gibt keine guten

Gründe, 16- und 17-Jährigen die politische Reife abzusprechen. Das ist hochproblematisch, Ausschlüsse vorzunehmen, die sich nicht rechtfertigen lassen. Unsere Rechtsordnung traut 14-Jährigen und entsprechend 16-Jährigen schon eine ganze Menge mehr zu, auch Beispiele wurden genannt. Es können Giro-Konten eröffnet werden, die Konfessionsmündigkeit ist gegeben, Ehen geschlossen werden, entsprechende Führerscheine kann man machen. Das findet alles vor dem 18. Lebensjahr statt. Das heißt, unserer Rechtsordnung ist das überhaupt nicht fremd, auch Minderjährigen mehr Verantwortung für ihre Lebensführungen und natürlich auch für die Mitgestaltung des Gemeinwesens zu übertragen. Ein neues Argument, was ich natürlich noch beifügen würde ist, dass es ja nicht naturgesetzlich so ist, dass die Volljährigkeit mit dem aktiven Wahlalter zusammenfällt. Nach der letzten größeren das Wahlalter betreffenden Wahlrechtsreform, nach der sozialliberalen Koalition von Willy Brandt hat es eine Zeit gegeben von 1970 bis 1975, als dann ganz klar wurde, es gibt keine Verbindung zwischen der rechtlichen Mündigkeit, der politischen Mündigkeit und der Geschäftsfähigkeit, auch wenn ab und zu konservative Politiker*innen behaupten, dass es sozusagen rechtliche Vorbehalte gebe, die gegen die Absenkung des Wahlalters sprechen. Ich hoffe, das war soweit klar. Danke.

Die **Vorsitzende**: Gut, vielen Dank. Ja, in Anbetracht der Zeit, dass wir eigentlich in vier Minuten die Sitzung schließen müssen, würde ich mich ganz kurz fassen mit meinen Fragen, weil auch wirklich viele gut beantwortet wurden. Zum Wahlalter hätte ich die Frage, zu Kinderrechten hätte ich die Frage gehabt, wie Sie das einschätzen. Ich finde, das ist ein total wichtiges Thema, weil es von uns auch als Politiker*innen immer noch eine stärkere Selbstverpflichtung gibt, Kinder und Jugendliche stärker einzubeziehen und zu beteiligen. Ich würde aber jetzt einfach nochmal abschließen.

Herr Sipeer, dann würde ich an Sie die Frage stellen: Sie sind als junger Mensch sehr, sehr aktiv und das schon seit längerem. Das ist ja mit unglaublich viel Arbeit auch verbunden und mit



kontinuierlicher Arbeit. Was hat Sie dazu bewegt? Was hat Ihnen geholfen? Was war Ihr Anreiz oder gibt Ihnen immer wieder Anreiz? Also das würde ich gerne nochmal verstehen. Ist jetzt vielleicht eine eher persönliche Frage, aber das könnte einem vielleicht auch bei dem Verständnis helfen, was man machen kann, um Kindern und Jugendlichen gute Möglichkeiten zur Beteiligung zu geben.

Vincent Sipeer (Kinder- und Jugendbeirat des DKHW): Ich habe diese Formulierung in der Präsentation von der „Mitwirkung mit Wirkung“ gebraucht. Ich habe das 2016, als ich meinem Jugendrat in meiner Heimatstadt beigetreten bin, sehr früh erlebt. Ich habe selbst eine Veranstaltungsreihe über zweieinhalb Jahre gestalten könne, für die ich Persönlichkeiten aus der Stadtgesellschaft in den Jugendclub eingeladen habe. Das fing gar nicht im weiteren Sinne politisch an, sondern damit, Verbindungskanäle und Kontakte herzustellen zwischen der Zivilgesellschaft und jungen Engagierten. Ich habe im Rahmen der Landesstrategie Mitbestimmung junger Menschen – Mitbestimmung ist natürlich auch ein sehr normativ anspruchsvolles Konzept – einfach sehr früh erlebt, dass die Thüringer Landesregierung auf junge Menschen zugeht, dass sie die Beteiligungslandschaft wirklich weiterentwickeln möchte, dass sie junge Menschen in die Landtagsanhörungen einbezieht. Seit dem hat sie auch nicht ausgelassen, bei allen jugendpolitischen Maßnahmen, die innerhalb der letzten vier Jahre entstanden sind, immerzu mit Kinder- und Jugendparlamenten zu sprechen. Ich habe also erlebt, dass Erwachsene junge Menschen ernst genommen haben. Das sind Erfahrungen, die machen sehr viele junge Menschen in der Schule gerade nicht, wo sie das erleben sollten. Aber ich habe das im Ehrenamt erlebt, und das hat mich motiviert, dran zu

bleiben.

Letzter Gedanke: ich habe auch von einer normativ integrierten und pädagogisch begleiteten Politik gesprochen. Freut mich, wenn man es schafft, das zusammenzubinden. Diese große Jugendstrategie der Bundesregierung auf den Weg zu bringen, die sich im internationalen Vergleich wirklich sehen lassen kann. Jetzt mit Ihnen gemeinsam auch zusehen, wie ernst Sie die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen nehmen. Und dass man da wirklich gewillt ist, etwas zu entwickeln und auch ganz genau weiß, man muss über Ressourcen reden, darüber Fachkräfte zu stärken, Programme aufzulegen. Man kann das nicht bei warmen Worten belassen. Also Mitwirkung mit Wirkung, das motiviert mich dran zu bleiben.

Die **Vorsitzende**: Vielen Dank nochmal für die Ausführung. Ich finde, das ist auch ein tolles Schlusswort und Sie haben uns heute hier wirklich viel mit auf den Weg gegeben, was wir für unsere weitere Arbeit brauchen. Aber was wir definitiv, wenn wir es ernst meinen, brauchen, ist weiterer Kontakt, auch zu Ihnen. Ich hoffe, diese eine Stunde ist nicht alles gewesen, sondern, dass wir weiterhin in Kontakt bleiben. Das würde mich sehr, sehr freuen, wenn wir gemeinsam da wirklich was auf den Weg bringen können und weiterentwickeln können. Natürlich gibt es schon einiges, aber da ist glaube ich noch Luft nach oben.

Ich danke Ihnen erstmal sehr herzlich, dass Sie heute hier waren. Vielen Dank. Hier gibt es noch die Frage, ob wir die Präsentation bekommen können? Super. Vielen Dank. Ja, dann würde ich sagen, ich schließe die Sitzung und hoffentlich bis bald.

Schluss der Sitzung: 15.55 Uhr

Sarah Lahrkamp, MdB
Vorsitzende